

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

16.05.2020 /19.20-19.50 Uhr
17.05.2020 /12.35-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Keine neuen Argumente? Warum die Bundeswehr trotzdem über bewaffnete Drohnen debattieren will
- Probleme mit dem Traditionserlass? Warten auf Umbenennung der Marseille-Kaserne
- Hilflose Blauhelme? Warum sich die Vereinten Nationen mit Peacekeeping-Missionen so schwertun

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Diesmal geht es bei uns um diese Themen:

- Keine neuen Argumente? Warum die Bundeswehr trotzdem über bewaffnete Drohnen debattieren will
- Probleme mit dem Traditionserlass? Warten auf Umbenennung der Marseille-Kaserne. Und:
- Hilflose Blauhelme? Warum sich die Vereinten Nationen mit Peacekeeping-Missionen so schwertun

Zunächst also zu den Drohnen. Bereits vor sechs Jahren hat der damalige Verteidigungsminister de Maizière versucht, eine breite Debatte anzustoßen, um die Öffentlichkeit zu überzeugen, dass die Bundeswehr unbedingt bewaffnungsfähige Drohnen benötigt. Die Initiative fand aber wenig Widerhall. Die Streitkräfte müssen sich weiterhin mit unbewaffneten Aufklärungsdrohnen zufriedengeben. Anfang der Woche nun ein erneuter Versuch. Das Verteidi-

gungsministerium hat eine mehrstündige Podiumsdiskussion durchgeführt. Erneut ging es um die Frage, ob die Bundeswehr Drohnen künftig auch bewaffnen sollte. In den kommenden Wochen wird es hierzu weitere Aktivitäten geben.

Zum Auftakt am Montag waren Fachpolitiker der Bundestagsparteien geladen, außerdem Vertreter der Zivilgesellschaft, unter ihnen Vertreter der Kirchen, des Roten Kreuzes, Völkerrechtler und Aktivisten der Friedensbewegung. Es gehe um eine offene und breite Debatte über eine mögliche Bewaffnung von Drohnen, hieß es in einer Pressemitteilung des Ministeriums. Allerdings ist die Position der Bundeswehrführung schon lange klar: Die deutschen Streitkräfte brauchen bewaffnete Drohnen. Detlef Wächter, Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium, machte in seinem Schlusswort daraus auch gar keinen Hehl:

O-Ton Wächter

„Sie werden nicht überrascht sein, wenn ich Ihnen sage: wir hier im BMVg sind natürlich nicht ganz unparteiisch. Wir sind Partei, wenn Sie so wollen. Aber wir möchten den Weg zu einer Bewaffnung von Drohnen so offen, so transparent, so breit und so politisch fundiert mit ihnen allen führen, wie es möglich ist. Es wurde heute aufdringlich eindringlich auf die Notwendigkeiten des Schutzes unserer Soldatinnen und Soldaten im Einsatz hingewiesen.“

In der Tat. Während der fünfstündigen Veranstaltung waren jedoch keine grundsätzlich neuen Argumente für bzw. gegen eine Bewaffnung von Drohnen zu hören. Die Gegner befürchten weiterhin u.a. eine Senkung der Einsatzschwelle, erinnerten an gezielte Tötungen von mutmaßlichen Terroristen durch US-Drohnen und warnten vor dem Einstieg in vollautomatisierte Tötungsmaschinen. Die Befürworter einer Bewaffnung hielten dagegen. Sie bekräftigten die Beachtung des Völkerrechts durch die Bundeswehr, den Parlamentsvorbehalt und die Zielgenauigkeit von Drohnen. Außerdem werde in jedem Fall der Mensch die letzte Entscheidung über den Waffeneinsatz haben.

Warum dann also die erneut angesetzten Veranstaltungen, die absehbar keine neuen Erkenntnisse bringen werden? Der Grund: Die Bundeswehr will nicht weiter warten und den Weg für die Bewaffnung der ferngesteuerten Luftfahrzeuge endlich freimachen. Die Weichen für das Leasing von Heron TP Droh-

nen aus Israel wurden inzwischen gestellt. Das unbemannte Flugzeug kann nicht nur aufklären, sondern zugleich auch mit Raketen bewaffnet werden. Allerdings ist da noch der Koalitionsvertrag von 2018. Dort haben Unionsparteien und SPD vereinbart, dass die schon lange geplante bewaffnungsfähige Eurodrohne weiterentwickelt wird. Bis die zur Verfügung steht, soll die Drohne Heron TP geleast werden. Weiter heißt es in der Koalitionsvereinbarung dann aber:

Zitat Koalitionsvereinbarung

„Über die Beschaffung von Bewaffnung wird der Deutsche Bundestag nach ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung gesondert entscheiden. Hierzu wird die Bundesregierung eine gesonderte Vorlage erstellen und dem Deutschen Bundestag zuleiten.“

Würdigung – gemeint sind damit die jetzt initiierten Diskussionsveranstaltungen des Verteidigungsministeriums. Denn ohne diese darf die Heron TP nicht bewaffnet werden.

Voraussetzung ist zudem, dass die SPD grünes Licht für eine Bewaffnung gibt. Doch die Sozialdemokraten tun sich damit weiterhin schwer – insbesondere Fraktionschef Mützenich. Deutlich gezeigt hat das der Streit um die nukleare Teilhabe und das Tauziehen um das Amt des Wehrbeauftragten. Auch nach der verordneten Drohnen-Debatte wird die Bundeswehr also wohl noch einige Zeit auf eine Bewaffnung der Drohnen warten müssen.

Themenwechsel.

Der inzwischen zwei Jahre alte Bundeswehr-Traditionserlass hat letzte Unklarheiten ausgeräumt: Soldaten der Wehrmacht können grundsätzlich nicht Vorbilder für die Bundeswehr sein. Im schleswig-holsteinischen Appen, in der Nähe von Hamburg, haben die Soldaten der Marseille-Kaserne mit dieser klaren Ansage aber möglicherweise ein Problem. Denn Hans-Joachim Marseille war im Zweiten Weltkrieg ein Kampfpilot. Und die bereits von der damaligen Verteidigungsministerin von der Leyen angemahnte Umbenennung ist zu einer Hängepartie geworden. Denn die militärische Führung der Kaserne sieht offenbar keinen Handlungsbedarf. Julia Weigelt über die Hintergründe des Streits:

Manuskript Julia Weigelt

Er war ein Vorzeige-Soldat der Nazis: Gutaussehend, jung, verwegen. Auf Fotos ist der Jagdflieger Hans-Joachim Marseille häufig von bewundernden Wehrmacht Kameraden umringt - oder von jungen Frauen, die ihn anhimmeln. Die Nazi-Propaganda verleiht Marseille gar den Titel „Stern von Afrika“. Im Juni 1942 berichtet die Deutsche Wochenschau über ihn:

O-Ton Deutsche Wochenschau

„Oberleutnant Marseille meldet sich im Führerhauptquartier. Der Führer verlieh dem hervorragenden Jagdflieger anlässlich seines 101. Luftsieges als zwölftem Offizier der Wehrmacht das Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Der 22-jährige Offizier errang seine Erfolge ausschließlich im Kampf mit britischen Gegnern. Der Führer lässt sich von dem tapferen Jagdflieger Einzelheiten von seinem Einsatz in Nordafrika berichten. Oberleutnant Marseille gilt als der gefürchtetste deutsche Jagdflieger in Nordafrika.“

Und wie hat der junge Pilot den Rummel um seine Person selbst gesehen?

O-Ton Schmitz

„Er hat sich als Mensch vielleicht gar keine Gedanken darüber gemacht, weil für ihn das Fliegen zählte,“

sagt Oberstleutnant Thomas Schmitz, Militärgeschichtler im Kommando Luftwaffe der Bundeswehr.

O-Ton Schmitz

„Aber genau das ist es ja, was wir eigentlich nicht wollen. Wir wollen ja, dass der Soldat sich Gedanken darüber macht, wofür er kämpft. Und das ist bei ihm eben nicht erkennbar gewesen. Und das können wir als Namensgeber und für unsere Traditionspflege der Luftwaffe nicht mehr nutzen.“

Das sah die Bundeswehrführung 1975 allerdings noch ganz anders. Damals erhielt die Kaserne in Appen ihren Namen. Oberstleutnant Schmitz erklärt sich das mit der Wehrmachtsvergangenheit vieler Luftwaffenoffiziere von damals. Auch die Neufassung des Traditionserlasses der Bundeswehr sieben Jahre später im September 1982 änderte nichts an der Benennung der Kaserne nach einem Wehrmachtspiloten. Obwohl der Erlass klarstellte: Namensgeber müssen sich durch ihr gesamtes Wirken oder eine herausragende Tat um Freiheit und Recht verdient gemacht haben. Auf Marseille trifft das nicht zu.

Eine Einsicht, die Jahrzehnte später auch im Verteidigungsministerium angekommen ist. 2017 erklärt die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen:

O-Ton von der Leyen

„Es herrscht in der Truppe offensichtlich große Handlungsunsicherheit in Bezug auf den Traditionserlass von 1982. Das hat auch gewiss zu tun mit einer unzweifelhaften Unschärfe dieses 35 Jahre alten Erlasses, aber auch mit Inkonsequenz im Umgang mit unserem eigenen Traditionsverständnis. So etwa bei der Benennung von Kasernen: Wir verbannen zu Recht Wehrmachtshelme aus der Stube; doch am Tor der Kaserne stehen nach wie vor Namen wie Hans-Joachim Marseille oder Helmut Lent.“

...ein weiterer Wehrmachtspilot, nach dem eine Kaserne im niedersächsischen Rotenburg (Wümme) benannt ist.

O-Ton von der Leyen

„Beide Namensgeber sind nicht mehr sinnstiftend für die heutige Bundeswehr. Sie gehören zu einer Zeit, die für uns nicht vorbildgebend sein kann. Denn Tradition ist immer eine bewusste Auswahl aus der Geschichte. Bewusst wählt man ein Ereignis oder eine Person. Das ist Tradition.“

Die zum Heer gehörende Lent-Kaserne wird daher demnächst umbenannt. Zunächst hatte es dagegen allerdings bei den Soldaten und den Lokalpolitikern erheblichen Widerstand gegeben.

Bei der Luftwaffe tut man sich mit der Umbenennung der Marseille-Kaserne ebenfalls schwer – offenbar bis heute. Seit der Kritik der damaligen Verteidigungsministerin sind immerhin schon drei Jahre vergangen. Was ist seitdem passiert? Kurz nach der von der Leyen-Rede beauftragte die Führung der Luftwaffe den Kommandeur der Unteroffiziersschule, eine Umfrage zur Namensgebung zu starten. Der Militärgeschichtler der Luftwaffe, Oberstleutnant Schmitz:

O-Ton Schmitz

„Und der hat tatsächlich auch eine Befragung durchgeführt in seinem Verband. Und das Ergebnis war damals, dass sie keine Umbenennung wollten. Das hat man dann auch erst mal so hingenommen.“

Also: Der Kommandeur sowie die dort tätigen Ausbilder junger Soldaten wollten

damals mehrheitlich an einem Kampfpiloten der Nazi-Zeit als Namensgeber festhalten.

O-Ton Schmitz

„Für mich als Historiker war das schon befremdlich, weil man von der Bewertung her auch den Traditionserlass von 1982 schon anders hätte deuten können.“

2017 war allerdings auch das Jahr, in dem Ursula von der Leyen ihrer Truppe nach mehreren Skandalen ein Haltungsproblem, Führungsschwäche und falsch verstandenen Korpsgeist vorgeworfen hatte. Das haben ihr die meisten Bundeswehrangehörigen übelgenommen – bis heute. Der Beschluss der Soldaten in Appen kann also mit Wut und Trotz zu tun haben - oder von der Leyen hatte Recht und es gibt tatsächlich ein Haltungsproblem.

Ein Jahr später, im März 2018, wurde der mehr als 30 Jahre alte Traditionserlass schließlich überarbeitet. Darin heißt es jetzt:

Zitat Traditionserlass 2018

„Die Bundeswehr ist freiheitlichen und demokratischen Zielsetzungen verpflichtet. Für sie kann nur ein soldatisches Selbstverständnis mit Wertebindung, das sich nicht allein auf professionelles Können im Gefecht reduziert, sinn- und traditionsstiftend sein. Die Bundeswehr pflegt keine Tradition von Personen, Truppenverbänden und militärischen Institutionen der deutschen (Militär-)Geschichte, die nach heutigem Verständnis verbrecherisch, rassistisch oder menschenverachtend gehandelt haben.“

Und weiter heißt es in dem Erlass:

Zitat Traditionserlass 2018

„Die Aufnahme einzelner Angehöriger der Wehrmacht in das Traditionsgut der Bundeswehr ist dagegen grundsätzlich möglich. Voraussetzung dafür ist immer eine eingehende Einzelfallbetrachtung sowie ein sorgfältiges Abwägen. Dieses Abwägen muss die Frage persönlicher Schuld berücksichtigen und eine Leistung zur Bedingung machen, die vorbildlich oder sinnstiftend in die Gegenwart wirkt, etwa die Beteiligung am militärischen Widerstand gegen das NS-Regime oder besondere Verdienste um den Aufbau der Bundeswehr.“

Für Oberstleutnant Thomas Schmitz vom Kommando Luftwaffe war damals sofort klar: In Sachen Marseille gibt es nun endgültig keinen Entscheidungsspielraum mehr. Lange hatte man in der Kaserne in Appen –

aber offenbar auch bei der Führung der Luftwaffe – auf Zeit gespielt, versuchte, das Problem auszusitzen. Doch glaubt man Oberstleutnant Schmitz, ist es damit jetzt vorbei. An der Unteroffiziersschule der Luftwaffe soll es schon bald einen neuen Meinungsbildungsprozess geben...

O-Ton Schmitz

„...der aber nicht mehr die Entscheidung hat ‚Ich will oder ich will nicht umbenennen‘, sondern, der die Entscheidung herbeiführt: Welcher neue Name soll es sein. Die Entscheidung der Aberkennung ist längst getroffen.“

Damit einher geht laut Schmitz eine Überarbeitung der Zentralen Dienstvorschrift zur Benennung von Liegenschaften. Die sieht vor, dass Inspekture und das Ministerium Entscheidungen ausdrücklich auch gegen den Willen der Truppe vor Ort fassen können. Bislang hat es immer geheißen, eine Initiative zur Umbenennung von Kasernen müsse „aus der Truppe“ kommen.

Das Kommando Luftwaffe hat passend dazu noch eine eigene „Bereichsvorschrift Traditionspflege“ erarbeitet. Sobald alle Vorschriften druckreif sind, soll das Projekt Umbenennung in die nächste Runde gehen.

Oberstleutnant Schmitz hat auch schon einen Vorschlag für einen neuen Namensgeber: Und zwar den Lufthansa-Kapitän Jürgen Schumann. Seine Maschine wurde 1977 von Terroristen entführt, wobei Schumann erschossen wurde. Der Militärhistoriker ist für Schumann, auch weil er früher...

O-Ton Schmitz

„...Starfighter-Pilot bei der Luftwaffe war, der seine Ausbildung in Appen bekommen hat, wo früher ein Fluganwärter-Regiment war. Das wäre meine Top-Wahl.“

Weg mit dem Namen Marseille - das fordert auch der Militärhistoriker Wolfram Wette. Er kritisiert bereits die Namensgebung der Kaserne 1975 als merkwürdige Entscheidung. Das hätte schon damals nicht passieren dürfen, kritisiert Wette die verantwortlichen Bundeswehroffiziere.

O-Ton Wette

„Die hängen mit einer für den Zivilisten kaum verständlichen Art und Weise an solchen militärischen Vorbildern. Sie glauben, dass ihnen das nicht nur als

militärisches Vorbild dienen kann, sondern als eine Orientierung für ihr soldatisches Leben.“

Dabei blendeten sie allerdings den historischen Kontext aus, moniert der Militärhistoriker.

O-Ton Wette

„Und sie blenden leider aus, dass unsere Republik heute andere Aufgaben hat, als Kriege zu führen. Es gibt ein Friedensgebot des Grundgesetzes, und damit haben Marseille und Co wenig zu tun, gar nichts zu tun.“

Wette kritisiert ebenfalls die lange Verfahrensdauer der Umbenennung. Gänzlich ungeeignet sei dabei das bisherige Prozedere, nach dem ein neuer Vorschlag aus der Truppe kommen müsse.

O-Ton Wette

„Man kann nicht von oben anordnen, dass eine Kaserne so und so heißt, und erzählt jahrzehntelang, warum der Namensgeber so eine wichtige Persönlichkeit ist, und dann sollen die Soldaten, die ja über andere Informationen in der Regel gar nicht verfügen, dann sollen die entscheiden, ob der Name geändert wird. Das ist nach meiner Sicht ein Widerspruch in sich. Ich würde sogar den Ratschlag geben: Wenn man will, dass es nicht zu Änderungen kommt, dann muss man nur die Soldaten fragen.“

Eine Einschätzung, die auch Klaus-Dieter Brüggemann von den Linken teilt. Er ist Mitglied des Pinneberger Kreistages – des Landkreises also, zu dem auch Appen gehört.

O-Ton Brüggemann

„Ich gehe davon aus, dass es bewusst verschleppt wird, und dass es garantiert nicht gewollt ist. Sonst hätten sie es ja längst machen können. Aber wenn die Offiziere in Appen nicht bereit sind, dann wird es nichts.“

Brüggemann setzt sich seit Jahren für eine Umbenennung der Marseille-Kaserne ein, weil er den Wehrmachtspiloten für kein gutes Vorbild hält. Der Lokalpolitiker fordert von allen Beteiligten mehr Engagement in Sachen Marseille-Kaserne.

O-Ton Brüggemann

„Die muss umgehend, also möglichst noch in diesem Jahr, spätestens aber nächstes Jahr umbenannt werden. Und wir sind gerne bereit, erneut einen

Namen zu nennen, der da passen würde.”

Ob der Kommandeur der Kaserne dieses Angebot in Anspruch nimmt, ist fraglich. Wie die Stimmung dort ist, nachdem die Luftwaffenführung ein Machtwort gesprochen hat, lässt sich nur vermuten. Eine Interviewanfrage wurde abgelehnt.

Der Militärhistoriker Oberstleutnant Schmitz weiß, wie es jetzt weitergeht: In Appen würden nun erneut Arbeitsgruppen gebildet, die einen neuen Namensgeber suchen sollen. Der muss dann vom Inspekteur der Luftwaffe genehmigt werden, und auch die Gemeinde Appen wird beteiligt. Wann kommt also das neue Namensschild ans Kasernentor?

O-Ton Schmitz

„Ich erwarte schon dieses Jahr noch einen Vorschlag. Und Ende des Jahres kommen wir dann vielleicht auch schon zu einer Entscheidung. Aber das ist eine Prognose.“

Sicher ist das also nicht. Denn die Luftwaffe tut sich mit der Traditionspflege weiterhin schwer. Inzwischen hat sich zwar die Erkenntnis durchgesetzt, dass Jagdflieger des Zweiten Weltkrieges nicht traditionswürdig sind. Aber was ist mit den Namensgebern aus dem Ersten Weltkrieg? Kasernen und Geschwader sind benannt nach den Jagdfliegern Manfred von Richthofen, Oswald Boelke und Max Immelmann. Dabei sagt der Traditionserlass, dass militärische Exzellenz allein nicht genügt, um Vorbild zu sein. Die Luftwaffenführung sieht das allerdings anders. Auf Anfrage von NDR Info teilte ein Sprecher mit – Zitat:

Zitat

„In der Luftwaffe steht lediglich der Name ‚Marseille-Kaserne‘ nicht im Einklang mit dem Traditionserlass.“

* * *

Flocken

Ein Bericht von Julia Weigelt.

In diesem Monat, am 29. Mai, ist der Internationale Tag der Friedenstruppe der Vereinten Nationen. Fast 100.000 Blauhelme versuchen, internationale Kon-

flikte zu entschärfen oder einzudämmen. Eine immer wieder schwierige Aufgabe - manchmal eine Mission Impossible, bei der auch regelmäßig UN-Soldaten getötet werden. Warum tun sich die Vereinten Nationen so schwer mit Blauhelm-Missionen? Was müsste sich ändern? Fragen, denen Antje Passenheim nachgegangen ist:

Manuskript Antje Passenheim

O-Ton (Nachrichten-Meldungen)

Getötet im Einsatz für den Frieden: 25 Peacekeeper allein schon in diesem Jahr. Zuletzt drei Blauhelme in Mali. UN-Chef António Guterres hat es schon so oft sagen müssen:

O-Ton Guterres (Voiceover)

„Wir dürfen niemals ihren Einsatz und ihr Opfer vergessen.“

Atmo UN-Konvoi

Die drei Männer unter den blauen Helmen mit den weißen Buchstaben der Weltgemeinschaft starben erst vor wenigen Tagen. Die UN-Soldaten aus dem Tschad waren mit einem Konvoi im Norden Malis unterwegs, als eine Bombe am Straßenrand explodierte. Guterres spricht von einem terroristischen Angriff. Er verurteilt die feige Tat und fordert die Behörden in Mali auf, die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Doch er weiß wohl selbst, wie unrealistisch das ist. Und er weiß, wo das wirkliche Problem liegt: Die Blauhelme sollen einen Frieden sichern, in einem Land, in dem es ihn noch gar nicht gibt:

O-Ton Guterres (Voiceover)

„Our most dangerous mission...“

Als die gefährlichste aller UN-Missionen gilt die in Mali. 212 UN-Soldaten ließen dort ihr Leben seit 2013. Minusma soll helfen, das Land und seine Regierung zu stabilisieren – gegen rund 20 islamistische Terrorgruppen. Solche Friedenseinsätze werden immer widersprüchlicher, sagt Insider Conor Foley dem US-Radiosender NPR:

O-Ton Foley (Voiceover)

„Die Grenze zwischen Friedenssicherung und Kriegsführung verschwimmt,“

sagt der Ex-Mitarbeiter der UN-Abteilung für Friedensmissionen.

O-Ton Foley (Voiceover)

„Sie können keinen Frieden sichern, den es gar nicht gibt.“

Und für deren Kampf sie weder ausgestattet noch ausgebildet sind. Die Kluft zwischen Erwartung und Erfolg wird immer größer, sagt Foley:

O-Ton Foley (Voiceover)

„Wir verpflichten die Peacekeeper seit Langem dazu, dass sie sich mit Waffen durchsetzen, um Zivilisten zu schützen und Massaker zu verhindern. Aber dadurch geraten sie natürlich selbst in die Schusslinie. Und eine Konsequenz daraus ist, dass mehr UN-Soldaten sterben – das ist eine Tragödie.“

Offiziell bleiben die UN bei ihren Grundprinzipien: Blauhelme werden nur mit Zustimmung aller Konfliktparteien eingesetzt, sie sind unparteiisch und zur Waffe greifen sie nur, wenn dies zur Selbstverteidigung oder zum Schutz von Zivilisten nicht anders geht. Doch dieses Modell geht von klaren Konfliktlinien aus. Von zwei Parteien, die sich zum Frieden entschließen, und zur Unterstützung die Peacekeeper holen - nicht von diffusen Terrorkriegen oder Rebellenkämpfen. Foley hat selbst erlebt, in welchen Konflikt das die Blauhelme bringen kann:

O-Ton Foley (Voiceover)

„Ich war 2012 im Ostkongo, als Rebellen auf die Provinzhauptstadt vorrückten. Und wir haben bei den UN heftig darüber diskutiert, inwieweit wir eingreifen dürften.“

1.500 Blauhelme griffen damals nicht ein, obwohl der Schutz der Bewohner der Provinzhauptstadt Goma auch Ziel ihres Einsatzes war. Sie sahen tatenlos zu, wie Menschen malträtirt und verjagt wurden und die Rebellen die Stadt einnahmen. Nach vielen Protesten passte der Sicherheitsrat das UN-Mandat an: Seit 2013 durften die Blauhelme aktiv an der Seite von Kongos Armee kämpfen, um den „Frieden herzustellen“. Der Sicherheitsrat wagte mit diesem sogenannten „robusten Mandat“ einen Testlauf: Ob sich Frieden erzwingen ließe.

Der Sieg über die Rebellen wurde als Erfolg des Mandats gefeiert. Doch es gibt auch eine heftige Diskussion, sagt Foley:

O-Ton Foley (Voiceover)

„Sollten Peacekeeper ohne gutes Training und ohne kriegstaugliche Ausrüstung überhaupt in Krisengebiete wie Kongo oder Mali geschickt werden?“

Auch in der Mali-Mission Minusma stützen rund 13.000 Blauhelme die Regierung mit offensiven militärischen Operationen gegen islamistische Rebellen. Sie sollen den Norden des Landes stabilisieren und die Zivilbevölkerung schützen, haben aber kein Mandat für die Bekämpfung von Terroristen. Das soll die französische Antiterrormission „Barkhane“ an ihrer Seite tun. Minusma wurde ins Leben gerufen, nachdem Tuareg-Rebellen 2012 den Norden Malis eingenommen und dort einen unabhängigen Staat ausgerufen hatten. An der rund 1,2 Milliarden Dollar teuren Mission beteiligt sich auch die Bundeswehr mit bis zu 1.100 Soldaten. Deutschland übernehme deutlich mehr Verantwortung, betont UN-Botschafter Christoph Heusgen im Interview mit dem ARD-Studio New York:

O-Ton Heusgen

„Wir sind schon seit vielen Jahren bei Friedensmissionen aktiv dabei. Wir haben eine ganz wichtige Aufgabe übernommen 2006 in der Krise um Libanon und sind seither Teil von Unifil. Wir beteiligen uns bei der vielleicht kritischsten, wichtigsten und gefährlichsten Mission in Mali.“

Ähnlich wie bei der Beobachtermission für den Libanon oder in Mali gibt es aber in allen 13 laufenden UN-Friedensoperationen diesen Trend, sagt Peacekeeping-Experte Thomas Weiss von der City University of New York:

O-Ton Weiss (Voiceover)

„Die Truppen, die tatsächlich am Boden ihr Leben riskieren, sind Teil des Ghettos der Entwicklungsländer. Es gibt fast keine Peacekeeper der westlichen Staaten mehr.“

Noch 1994 war das anders. In einer der schwärzesten Stunden der Friedenstruppen – als sie beim Genozid in Ruanda versagten. Damals stellten die fünf ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat noch jeden fünften Blauhelm-Soldaten.

Heute sind es nur noch fünf Prozent. Die Liste der Blauhelme führen die Länder an, die beim Bruttoinlandsprodukt ganz unten stehen, sagt Weiss:

O-Ton Weiss (Voiceover)

„Das ist oft im Interesse der Länder, die sie schicken. Denn sie kassieren dadurch Devisen. Die UN-Währung ist der Dollar – nicht die Rupie.“

Umgerechnet rund 1.300 Euro bekommt ein Land im Schnitt für jeden entsandten Blauhelm, weiß auch Madeleine Rees, ehemalige UN-Repräsentantin in Bosnien und Genf:

O-Ton Rees (Voiceover)

„Das ist eine Tragödie, dass es beim Frieden um Geld geht. Aber viele der entsendenden Länder profitieren davon: Ein großer Teil ihres Bruttoinlandsprodukts stammt aus Friedenseinsätzen. Deshalb tun sie das.“

Äthiopien, Bangladesch, Indien, Pakistan, Ruanda, Nepal – Länder, die von robusteren Truppen wenig hören wollen. Und oft nicht ganz optimal ausgebildet sind. Deutschlands UN-Botschafter Heusgen formuliert es diplomatischer:

O-Ton Heusgen

„Natürlich spiegeln diese Missionen das gesamte Bild der Mitgliedschaft der Vereinten Nationen wider. Und sie sind auch nicht immer sehr kohärent. Aber wir versuchen auch mit Ausbildung, mit Ausrüstung, mit der Stellung von Führungspersonal dazu beizutragen, dass die Blauhelm-Operationen ihre Aufgaben erfüllen.“

Ein Faktor, der auch kostbare Zeit kostet:

O-Ton Heusgen

„Natürlich ist es was anderes. Die Blauhelmtruppen sind andere als schnelle Eingreiftruppen der Nato...“

Ihre Ausbildung wiederum ist ein Geldfaktor: Sechseinhalb Milliarden Dollar umfasst das UN-Budget für die Blauhelm-Operationen im laufenden Jahr. Deutschland ist immerhin viertgrößter Zahler. Und blickt mit Sorge auf die Zahlungsmoral manch anderer Geldgeber:

O-Ton Heusgen

„Einige größere Staaten haben größere Rückstände und vor allen Dingen unser Gastland. Die Vereinigten Staaten zahlen seit vielen Jahren weniger als das, was sie laut den UN-Verträgen zahlen müssten.“

Auch Russland stehe beim Thema Zahlen öfter auf der Bremse, sagt UN-Botschafter Heusgen:

O-Ton Heusgen

„Also hier sollten die Länder schon ihre Beiträge leisten. Dann würden auch die Blauhelme die Erwartungen noch besser erfüllen, als sie es schon tun.“

* * *

Flocken

Antje Passenheim berichtete aus dem Homeoffice in Köln.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen – in der ARD-Audiothek oder unter [ndr.de/streitkraefte](https://www.ndr.de/streitkraefte). Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.